

Die Gewerkschaften planen den Aufstand

PARPROGRAMM Der Personalverband VPOD kämpft mit einer Kampagne gegen die Lohnkürzung der Stadtangestellten. Wenn nötig, werde man das Referendum oder weitere Massnahmen ergreifen, sagt der Sektionszuständige Georg Munz.

Sie haben mitten in den Ferien eine Kampagne gegen die dreiprozentige Lohnkürzung der Stadtangestellten lanciert. Ist das jetzt der Auftakt zum Arbeitskampf oder bloss Klientelbewirtschaftung?

Georg Munz: Es ist sicher keine Klientelbewirtschaftung. Dass die Kampagne in den Sommer fällt, hat letztlich mit der Agenda des Stadtrats zu tun. Dieser hat seine Lohnkürzungspläne erst kurz vor den Ferien kommuniziert und will sie schon in einer der ersten Gemeinderatssitzungen nach den Ferien behandeln. Auch weitere einschneidende Entscheide fürs Personal will der Stadtrat schon nach den Sommerferien mitteilen, und zwar im Zusammenhang mit dem langfristigen Sparprogramm «Balance». Da blieb uns keine andere Wahl, als jetzt aktiv zu werden.

Wird der VPOD ein Referendum anstrengen, wenn das Stadtparlament die Lohnkürzung beschliessen sollte?

Wir sind grundsätzlich dazu bereit, falls die Lohnkürzungen kommen. Der Gemeinderat kann sich aber ja noch dagegen entscheiden.

Die Kampagne hat eine Webseite: sparschweineri.ch. Warum dieser Empörungstonfall –

unterstellen Sie dem Stadtrat bei seinen Massnahmen eine böse Absicht?

Keineswegs. Aber wir wollen die Entwicklung ins rechte Licht rücken. Winterthur hatte in den letzten Jahren einen schleichen-



«Zwei Lohnprozent sind zu viel.»

Georg Munz,
VPOD

den Rückgang des Service public. Gleichzeitig hatten wir im letzten Jahrzehnt eine gesamthaft sinkende Steuerbelastung. Diese Ausgangslage ist bekannt. Der Vorschlag des Stadtrats ist eine Antwort darauf und verteilt die Lasten: mit drei Prozent mehr Steuern für die Bevölkerung und zwei Prozent weniger Lohn für die Stadtangestellten. Was können Sie bei dieser Ausgangslage erreichen?

Die Lasten sind eben nicht gleichmässig verteilt. Unser Anliegen ist es, aufzuzeigen, dass das Personal bislang am meisten zu den Einsparungen beitragen musste.

Und im Zusammenhang von «Balance» ist bereits angedroht, dass die Stadtangestellten noch weiter bluten müssen.

Bis jetzt ist es bei der Stadt zu rund einem Dutzend Kündigungen gekommen – das ist nicht einmal ein halbes Prozent der Stadtangestellten.

Das ist zwar richtig. Aber man muss dabei bedenken, dass das Personal in den letzten Jahren mit grosser Zurückhaltung vergrössert wurde. Seit 2003 ist die Bevölkerung um 13 Prozent gewachsen, das Stadtpersonal um 8 Prozent. Gleichzeitig kamen viele neue Aufgaben hinzu, welche die Stadt übernehmen musste. Die städtischen Angestellten haben heute weniger Geld im Portemonnaie als vor zwei Jahren. Sie müssen hohe Beiträge an die Sanierung der Pensionskasse zahlen, ihnen wurden Essenszulagen gestrichen, und sie müssen jetzt für Parkplätze zahlen.

An die Pensionskassensanierung hat aber auch die Öffentlichkeit 200 Millionen Franken gezahlt. So etwas wäre bei Privatbeschäftigten undenkbar.

Die Stadtangestellten zahlen fast die Hälfte der Sanierung, und das, obwohl die Pensionskasse nicht paritätisch organisiert war, die Mitarbeiter also nicht mitreden konnten. Der Vergleich mit der Privatwirtschaft ist ohnehin nicht fruchtbar. Die Stadt ist kein Privatunternehmen. Sie muss Leistungen anbieten, die keinen Ge-

winn abwerfen. Zudem können städtische Angestellte nicht von einem guten Geschäftsgang profitieren. Es ist umgekehrt also nicht fair, wenn es schlecht läuft, alles aufs Personal abzuwälzen. Die Stadtangestellten weigern sich nicht, etwas zum Sparprogramm beizutragen, aber zwei Lohnprozent sind zu viel.



Weiss gestrichene «Ghost-Bikes» erinnern in der Regel an Verkehrstote. Der VPOD wirbt mit dem Mahnmahl gegen Lohnabbau. Johanna Bossart

Was wäre denn angemessen? Man muss sehen, dass nicht nur

eine Lohnkürzung, sondern auch ein Verzicht auf ordentliche Lohnmassnahmen geplant ist. Dass es in der heutigen Situation keinen Stufenanstieg und keinen Teuerungsausgleich geben kann, dafür ist das Verständnis unter den Angestellten gross. Der Betrag, den man damit spart, entspricht in etwa den Mehreinnahmen durch die dreiprozentige Steuererhöhung.

Dann bleibt aber ein Loch in der Kasse. Wie soll der Stadtrat das Defizit ausgleichen?

Es wäre fair vom Stadtrat, erst das langfristige Sparprogramm auszuarbeiten, anstatt kurzfristig den Angestellten in die Lohntüte zu greifen.

Das Problem ist damit aber nicht gelöst.

Wir wissen alle, wo das Problem liegt: beim Finanzausgleich. Der Kanton zahlt der Stadt zu wenig Geld, um die Aufgaben zu erbringen, die er ihr aufgetragen hat. Das auf dem Buckel des Personals auszutragen, ist daneben.

Neuverhandlungen des Finanzausgleichs sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Was soll der Stadtrat also tun?

Es ist nicht unsere Aufgabe, für den Stadtrat die Hausaufgaben zu machen. Wir erwarten, dass er sich beim Kanton stark engagiert. Und wir machen Druck auf die hiesigen Parteien, vernünftige Sparvorschläge auszuarbeiten.

Gibt es ein Eskalationsszenario für den Fall, dass die Kampagne wirkungslos bleibt?

Es gibt Diskussionen, aber ich glaube, der institutionelle Weg ist noch nicht abgeschlossen.

Das heisst, Sie schliessen einen Streik nach südeuropäischem Vorbild nicht aus?

Von Streiken war bei uns bisher nicht die Rede. Es wäre die letzte Eskalationsstufe. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Interview: Marc Leutenegger